

Schon wieder zu wenig investiert

Nidau Heute treffen sich die Nidauer Stadträte zur letzten Sitzung vor den Sommerferien. Zu diskutieren geben unter anderem die Jahresrechnung und die Kita-Initiative der SP. Letztere spaltet den Rat.

Carmen Stalder

Nidau investiert zu wenig Geld – das ist ein Kritikpunkt, der im Stedtl seit Jahren zu hören ist. Denn wiederholt wurden höhere Investitionen budgetiert, als sie dann getätigt wurden. In diesem Jahr ist es nicht anders: Das Gesamttotal der Nettoinvestitionen wurde in der Rechnung 2017 gegenüber dem Budget mit 4,3 Millionen Franken deutlich unterschritten.

Der grösste Anteil an den nicht getätigten Investitionen machen die Schulliegenschaften aus (2,69 Millionen Franken). Auch bei den Gemeindestrassen, bei der Elektrizitätsversorgung und bei der Abwasserentsorgung wurde weniger investiert als vorgesehen. «Wir haben wieder einmal eine riesige Differenz zwischen dem Budget und der Rechnung. Geplante Geschäfte wurden nicht umgesetzt», sagt SVP-Fraktionspräsident Leander Gabathuler.

«Sieht nicht rosig aus»

«Die finanzielle Situation in Nidau sieht nicht rosig aus», sagt Susanne Schneider Marti (FDP), Vize-Fraktionspräsidentin der bürgerlichen Fraktion. Gerade die in letzter Zeit neu geschaffenen Stellen in der Verwaltung würden die Ausgaben künftig weiter in die Höhe treiben. Man verfüge zwar mit dem vorhandenen Eigenkapital über gute Reserven, für grosse anstehende Investitionen wie die Schulraumplanung gebe es aber trotzdem keinen anderen Weg, als sich neu zu verschulden. «Das ist nicht im Sinne der Bürgerlichen.»

Was im Zusammenhang mit der Rechnung sowohl von Gabathuler als auch von SP-Fraktionspräsident Tobias Egger kritisiert wird, ist der Selbstfinanzierungsgrad. Dieser gibt Antwort auf die Frage, wie weit die Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln bezahlt werden können.

In der Jahresrechnung wird als Richtwert angegeben, dass mittelfristig ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent anzustreben sei. Liegt er unter 60 Prozent, gilt er als ungenügend. 2017 lag dieser Wert bei 36,24 Prozent. «Das ist viel zu tief», sind sich Gabathuler und Egger einig. Zum Vergleich: Im Kanton Bern lag der Median im Jahr 2016 bei 85,22 Prozent.

Keine Wartelisten mehr

Auf der Traktandenliste steht weiter die Initiative für ein familienfreundliches Nidau, besser bekannt als Kita-Initiative (das BT berichtete). Letzten Herbst hat die SP Nidau die Initiative



Immer wieder besteht in Nidau eine grosse Differenz zwischen den budgetierten Investitionen und denen, die auch wirklich getätigt werden. So auch im letzten Jahr: Statt der budgetierten 6,5 Millionen investierte Nidau nur 2,2 Millionen Franken. Matthias Käser/ta

eingereicht, am 25. November kommt es nun voraussichtlich zur Volksabstimmung.

Die Initiative will ein der Nachfrage angepasstes und durchgehendes Angebot an familienergänzenden Betreuungsangeboten für die Nidauer Bevölkerung. Es soll keine langen Wartelisten und Betreuungslücken während der Schulferien mehr geben. Die Initiative fordert, dass die Stadtordnung mit einem entsprechenden Artikel ergänzt wird. Die Stadt erhielt damit den Auftrag, der Bevölkerung entsprechende Angebote bereitzustellen.

Die Mitglieder des Stadtrats entscheiden heute darüber, ob sie den Nidauern die Initiative in der Botschaft zur Annahme oder zur Ablehnung empfehlen wollen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat Letzteres, und zwar aus zwei Gründen: Die Stadtordnung

Rechnung 2017

Aufwand	47 783 018
Ertrag	47 783 018
Gewinn	0
Nettoinvestitionen	2 239 319
Steueranlage	1.7
est	

sei der falsche Ort, um ein Anliegen umzusetzen, wie es die Kita-Initiative darstellt. Der Handlungsspielraum der Gemeinde werde dadurch zu stark eingeschränkt. Zudem könne sich die Stadt Nidau in Anbetracht der finanziellen Situation nicht bindend verpflichten, ein unbeschränktes Angebot an subventionierten Kita-Plätzen zu schaffen. Die finanziellen Risiken seien angesichts der anstehenden Geschäfte und Projekte zu gross.

Berechtigt, aber zu teuer

Für die Argumentation des Gemeinderats hat Tobias Egger kein Verständnis. Die Behauptung, die Kita-Initiative gehöre nicht in die Stadtordnung, sei gar «unhaltbar»: «In Zürich ist die Betreuung auch in der Stadtordnung festgehalten.» Zudem stimme es nicht, dass die finanziellen Auswirkungen nicht abschätzbar seien. «Der Gemeinderat bekäme sehr wohl eine Steuerungsmöglichkeit, damit die Kosten nicht aus dem Ruder liefen.»

Susanne Schneider Marti kündigt an, dass die Bürgerlichen einen Gegenvorschlag zur Initiative fordern. Man sei grundsätzlich dafür, dass die Kinderbetreu-

ung durch die öffentliche Hand gewährleistet werde. «Aber in dieser Form stimmt die Initiative für uns nicht.» In welche Richtung der Gegenvorschlag geht, wollte Schneider Marti gestern noch nicht verraten.

Unterstützung werden die Bürgerlichen auch von der SVP erhalten. Das Anliegen sei zwar durchaus berechtigt und sympathisch, sagt Gabathuler. «Aber unsere Infrastruktur ist nicht auf die Forderungen der Initiative ausgelegt. Die Initianten sollen deshalb erst darlegen, wie sie das überhaupt finanzieren wollen.»

Der Gemeinderat rechnet bei einer Annahme der Initiative mit Mehrkosten im sechsstelligen Bereich: Die Kosten für den subventionierten Kitabesuch von Nidauer Kindern betragen bisher rund 130 000 Franken. Bei Annahme der Initiative würden die Kosten auf jährlich bis zu 270 000 Franken steigen. Bei der Ferienbetreuung rechnet die Regierung mit einem Aufwand von bis zu 25 000 Franken pro Jahr.

Frühere Artikel aus dem Nidauer Stadtrat finden Sie unter www.bieler.tagblatt.ch/stadtratnidau

Weitere Traktanden der Sitzung

Der 30-köpfige Nidauer Stadtrat wird an der heutigen Sitzung zu dem über folgende Geschäfte entscheiden:

- Ein Objektkredit in der Höhe von 218 000 Franken für die **Erneuerung der Informatikinfrastruktur** in den Schulen Nidau.
- Die **Verwendung von Mehrweggeschirr** an Nidauer Veranstaltungen auf öffentlichem Grund.
- Ein Investitionskredit in der Höhe von 1,1 Millionen Franken für den Neubau und die **Sanierung der öffentlichen Abwasserleitungen** im Hofmattenquartier.
- Eine Motion von Brigitte Deschanden Inhelder (SP) zur **temporären Öffnung des Nidauer Strandbades** (zum Beispiel während dem Big Bang oder im Winter).
- Eine Motion von Michael Kramer (SP), die ein Reglement zur **Mehrwertabschöpfung bei Ein-, Um- und Aufzunonen** fordert.
- Eine Fristverlängerung für das Postulat zur **Umgestaltung des Innenhofs an der Schulgasse 2**. est

Ausgewandert

Brasilien steht still

Hans Peter Gertsch, freischaffender Sprachlehrer in Brasilien



Ein gut einwöchiger Lock-out der LKW-Bosse brach Ende Mai den Verkehr im brasilianischen Subkontinent komplett zum Erliegen: Zeitweise

gab es an keiner Tankstelle mehr weder Benzin, Ethanol noch Diesel. Der Grund für den Streik des Transportgewerbes waren die hohen Treibstoffpreise; ihre Forderung war, dass die Regierung die Steuern auf dem Dieseltreibstoff senken sollte.

Die Auswirkungen des Streiks liessen nicht lange auf sich warten: zuerst Kilometer lange Autokolonnen an den Tankstellen, dann gar kein Benzin mehr; kein Gemüse und keine Früchte mehr in den Supermärkten, geschlossene Läden, drastische Reduzierung des öffentlichen Verkehrs, Annullierung von Flügen und abrupter Stillstand des Touristenstroms. Laut Schätzungen erlitt die Wirtschaft einen Verlust von umgerechnet mehr als fünf Mil-

liarden Franken, inklusive die von der Regierung zugestandene Steuersenkung auf Diesel. Dazu kommt der Wertverlust der staatlichen Erdölfirma Petabras von zirka 40 Milliarden während der Streikdauer.

Grund für die hohen Treibstoffpreise sind aber nicht etwa die Steuern, die denen europäischer Länder entsprechen, sondern der Umstand, dass diese Preise seit Oktober 2016 dem freien Markt unterliegen und nicht mehr gestützt werden. Dazu lastet die Petrobras ihre Raffinerien nur zu 70 Prozent aus, exportiert im Gegenzug Rohöl und importiert Benzin und Diesel. Die gegenwärtige Regierung will die Petrobras privatisieren, sodass als direkte Folge,

nebst der Abhängigkeit Brasiliens vom Ausland, die internationalen Multis dem Land die Preise diktieren können.

Doch das Übel liegt noch anderswo: Seit den 50er Jahren fördert Brasilien den Strassentransport bei einem jetzigen Transportvolumen von 75 Prozent (als indirekte Subvention der einheimischen Automobilindustrie) zulasten der Eisenbahn, welche lediglich ein Schienennetz von 30 000 Kilometer aufweist. Diese verfehlte Politik ist nicht nur verantwortlich für hohe Transportkosten und enorme Luftverschmutzung, sondern auch für die Krisenanfälligkeit des Transportsystems.

Lichtblicke sind neuere Bestrebungen, stillgelegte Bahn-

strecken wieder zu aktivieren und neue in Betrieb zu nehmen, nebst den wenigen bereits bestehenden Fracht- und Passagierlinien, wie zum Beispiel touristische Dampfeisenbahnen. So sind zwei Süd-Nord sowie eine Ost-West-Verbindung geplant. Ebenfalls wirtschaftlich interessant ist das Projekt Transkontinentalbahn mit dem Ziel, Santos/BR (Atlantik) via La Paz mit Ilo/Peru (Pazifik) zu verbinden. Ende 2017 unterschrieb Boliviens Präsident Morales in der Schweiz ein entsprechendes Memorandum über den Bau des fast 4000 Kilometer langen Trasses.

Alle bisherigen Auswanderer-Kolumnen finden Sie unter www.bieler.tagblatt.ch/auswanderer

Nachgefragt

«Bereit zum Kompromiss»



Daniel Meili
Seamotion

Der Verein Seamotion um Daniel Meili möchte ein dreitägiges Festival auf dem Expo-Areal veranstalten. Doch die Standortgemeinde Nidau sieht das kritisch.

Daniel Meili, Sie möchten nächsten Sommer mit dem Verein Seamotion ein dreitägiges Festival auf dem Expo-Park veranstalten und dazu grosse Stars holen – wie kommt's dazu?

Daniel Meili: Es hat schon einmal ein grosser Anlass auf dem Areal stattgefunden, das Muse-Konzert. Wir sind der Meinung, dass so etwas wieder Potenzial hat, allerdings über drei Tage, damit die Infrastrukturkosten besser verteilt werden können.

Wer steckt hinter dem Verein Seamotion?

Gegründet haben wir diesen im Februar; Gründungsmitglieder sind der ehemalige Bieler Stadtrat Joel Haueter, Jan Hänzli aus Pieterlen und ich. Wir haben Personen gesucht, die uns bei einem solchen Vorhaben unterstützen können. Nun gibt es ein OK, in dem unter anderem der ehemalige Goodnews-CEO Gérard Jenni mitwirkt.

Das Ganze ist eine grosse Kiste, im Artikel von «Biel Bienne» ist die Rede von einem Investor, der drei Millionen Franken bereitstellt. Um wen handelt es sich?

Das kann ich nicht sagen. Dieser möchte anonym bleiben.

Aber er existiert?

Absolut!

Nun sieht die Standortgemeinde Nidau das Vorhaben allerdings kritisch. Haben Sie Verständnis für die Bedenken?

Ich habe Verständnis für die Anwohner, welche die Lärmbelastung unter Umständen nicht so cool finden. Wir sind bereit zu Kompromissen, die Konzerte müssten nicht bis in alle Nacht dauern. Ich denke, da gäbe es Spielraum für Verhandlungen.

Mit dem «Lakelive» findet auf demselben Areal bereits ein grosses Festival statt. Machen mehrere Grossanlässe am selben Ort überhaupt Sinn?

Ich denke nicht, dass wir das «Lakelive» auf irgendeine Art konkurrenzieren. Die Daten liegen weit genug auseinander, und die Konzepte sind verschieden. Wir planen eine reine Konzertveranstaltung, während «Lakelive» viel mehr Kultur in einem breiteren Sinn bietet – ich finde das übrigens sehr gut.

Gleichwohl: Die Schweiz hat eine überaus hohe Festivaldichte – braucht es da einen weiteren Grossanlass?

Das wird das Publikum entscheiden. Wie gesagt: Wir sehen uns nicht als Festival, sondern als Konzertveranstaltung über drei Tage.

Mehr Chancen hätte ein eintägiger Anlass, lässt Nidau verlaunten. Ist das für Sie eine Option?

Das können wir abschliessend noch nicht beurteilen. Womöglich werden wir auch einen anderen Standort evaluieren müssen. Diesen grossen Zusatzaufwand müssen wir nun vergleichen mit dem Risiko, das ein Konzert in Nidau an nur einem Tag mit sich bringt. Interview: Tobias Graden